

## Bericht des Gemeinderats

### **Postulat Eva Krattiger/Seraina Patzen (JA!): Konsequente Klimapolitik #5: Keine Parkplätze mehr in Bern! (2019.SR.000194)**

In der Stadtratssitzung vom 13. Juni 2019 wurde die Motion mit SRB 2019-392 in ein Postulat umgewandelt und erheblich erklärt. Die Frist für die Vorlage des Prüfungsberichts wurde versehentlich verpasst.

Der Klimawandel wird die Welt, wie wir sie heute kennen, völlig zerstören. Diese menschengemachte Katastrophe lässt sich nicht mehr vollständig stoppen oder rückgängig machen. Wir müssen aber alles tun, um die verheerenden Folgen, die sich bereits heute zeigen, so weit wie möglich zu verhindern. Dafür müssen wir jetzt handeln. Kleine kosmetische Massnahmen reichen dafür nicht. Es kann auch nicht sein, dass weiterhin nur an die Eigenverantwortung von uns allen appelliert wird. Es braucht griffige, gesetzliche Massnahmen – auch in der Stadt Bern.

Noch immer ist die städtische Planung am MIV ausgerichtet und das obwohl er den Klimawandel vorantreibt. Die Stadt Bern will den motorisierten Individualverkehr (MIV) zwar stark einschränken und die Parkplätze gemäss der Vernehmlassungsvorlage des Parkierungskonzepts in den nächsten zehn Jahren um zwölf Prozent reduzieren. Diese Bestrebungen gehen aus unserer Sicht jedoch zu wenig weit. Solange Parkplätze an jeder Ecke zur Verfügung stehen und der Weg zum parkierten Auto meist kürzer ist als jener zur öV-Haltestelle, bleibt der MIV für viele Menschen (auch in der Stadt) ein attraktives Verkehrsmittel.

Parkplätze ihrerseits nehmen viel Platz ein im öffentlichen Raum. Die Stadt Bern strebt bis 2030 gemäss STEK ein Bevölkerungswachstum von 12% an. 2030 sollen sich also 17'000 Menschen mehr in der Stadt Bern bewegen – doch der öffentliche Strassenraum wächst nicht mit. Umso nötiger ist es, den bestehenden öffentlichen Raum sinnvoll zu nutzen. Parkplätze, die zeitweise ungenutzt und zeitweise als Abstellplatz verwendet werden, erfüllen diesen Anspruch nicht.

Durch eine Aufhebung dieser Parkplätze würde somit einerseits ein Beitrag gegen den Klimawandel geleistet. Andererseits könnten die heute für Parkplätze reservierten Flächen umgenutzt und der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden.

#### *Antrag*

Wir bitten den Gemeinderat deshalb, alle Parkplätze im öffentlichen (Strassen)Raum aufzuheben und zu prüfen, welche Nutzungen auf den neugeschaffenen freien Flächen ermöglicht werden können. Taxisstände, Parkplätze für den Gewerbeverkehr, Carsharings und Parkplätze für Menschen mit einer Beeinträchtigung sollen weiterhin bestehen.

Bern, 4. April 2019

*Erstunterzeichnende:* Eva Krattiger, Seraina Patzen

*Mitunterzeichnende:* Devrim Abbasoglu-Akturan, Leena Schmitter, Franziska Grossenbacher, Ursina Anderegg, Katharina Gallizzi, Lea Bill, Regula Bühlmann, Rahel Ruch

## Bericht des Gemeinderats

Die Mobilität ist ein wichtiger Hebel, um das Klima und die Ressourcen zu schonen, so dass diese auch künftigen Generationen zur Verfügung stehen. In Bern hat sich sowohl der Stadt- als auch der

Gemeinderat mehrmals zu einer klima- und stadtverträglichen Mobilität bekannt und dafür ausgesprochen, dass der motorisierte Individualverkehr (MIV) auf den öffentlichen Verkehr (ÖV) und auf den Fuss- und Veloverkehr verlagert werden soll.

Wie der Gemeinderat bereits mehrfach im Zusammenhang mit politischen Vorstössen ausgeführt hat, und wie sowohl in der Energie- und Klimastrategie Stadt Bern 2025 als auch im Stadtentwicklungskonzept STEK 2016 nachzulesen ist, gehört die von den Postulantinnen geforderte Aufhebung von Parkplätzen im öffentlichen Raum zu den Zielsetzungen der Stadt Bern. Dies auch vor dem Hintergrund, dass rund 57 % der Stadtbernerinnen und Stadtberner gar kein eigenes Auto besitzen und das Auto – als wenig flächeneffizientes Verkehrsmittel – überdurchschnittlich viel Raum für sich in Anspruch nimmt. Der Gemeinderat hat deshalb im Mai 2019 im «erweiterten Handlungsplan Klima» unter anderem festgehalten, dass er das Angebot an öffentlichen Parkplätzen in der Stadt Bern mittelfristig halbieren will. Konkret bedeutet dies, dass er rund 8 500 der insgesamt rund 17 000 öffentlichen Parkplätze abbauen will (Stand 2019). Daneben bestehen weiterhin rund 86 000 Parkplätze auf privatem Grund.

Die angestrebte Reduktion der Parkplätze will der Gemeinderat vorab im Rahmen von laufenden Projekten umsetzen, um damit – neben dem eigentlichen Abbau-Ziel – gleichzeitig einen möglichst breiten Gesamtnutzen erzielen zu können. Parkplätze wurden und werden daher etwa im Zusammenhang mit der Schaffung von Velostrassen, zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, bei der Neugestaltung von Strassenabschnitten, bei der Einführung von Begegnungszonen, für zusätzliche Velo-verleihsystem-Plätze oder für die Einrichtung von Mobility-Parkplätzen aufgehoben. Dabei berücksichtigt der Gemeinderat insbesondere auch das hohe Beschwerderisiko, welches mit der Umsetzung von Verkehrsmassnahmen – also auch mit der Aufhebung von Parkplätzen – verbunden ist. Gemäss aktueller Rechtsprechung und der übergeordneten Strassengesetzgebung sind grundsätzlich alle Anstösserinnen und Anstösser berechtigt, gegen solche Verkehrsmassnahmen Beschwerde einzulegen. Zudem müssen diese Massnahmen verhältnismässig sein. Umso wichtiger ist es, dass die einzelnen Verkehrsmassnahmen jeweils auf einem konkreten öffentlichen Interesse beruhen und möglichst breit abgestützt erfolgen.

Auf diese Weise wurden in der Stadt Bern zwischen 2015 – dem Überweisungsjahr des vorliegenden Postulats – und 2020 insgesamt etwas mehr als 1 000 öffentliche Parkplätze abgebaut. Das nächste grössere Paket von Parkplatzaufhebungen im öffentlichen Raum steht im Zusammenhang mit der Gewährleistung der Durchfahrt für die Feuerwehr und die Kehrriichtabfuhr in Quartierstrassen: Das Stadtbild von Bern ist teilweise geprägt von engen Quartierstrassen. Dies führt bereits heute zu problematischen Verhältnissen für die Fahrzeuge der Feuerwehr und der Abfallentsorgung. Gewisse Fahrzeuge – so etwa Kehrriichtlastwagen mit E-Antrieb oder die Tanklöschfahrzeuge der Feuerwehr – sind auf dem Markt zudem nur mit einer Breite von 2.50 Metern erhältlich, was – zusammen mit der zunehmenden Anzahl von breiten Privatfahrzeugen (SUV) – zu einer Verschärfung der Probleme bei der Durchfahrt in solchen Quartierstrassen führt.<sup>1</sup> In den Jahren 2021 – 2023 sollen in diesem Zusammenhang daher voraussichtlich rund 550 Parkplätze im öffentlichen Raum aufgehoben werden. Diese Aufhebung wird nach Rücksprache mit den betroffenen Quartieren und unter möglicher Berücksichtigung der Bedürfnisse des Gewerbes erfolgen. Dazu werden im Rahmen von Einzelprojekten fortlaufend weitere Parkplätze abgebaut.

Der Gemeinderat ist überzeugt, dass er mit diesem Vorgehen das mittelfristig angestrebte Reduktionsziel schrittweise und mit einem möglichst hohen Gesamtnutzen wird erreichen können.

---

<sup>1</sup> Entsorgung + Recycling Bern hat auf ihrer Website ein Kurzvideo aufgeschaltet, welches die äussert knappen Platzverhältnisse für die Kehrriichtwagen dokumentiert: <https://www.bern.ch/themen/abfall/abfuhr/befahrbarkeit-strassennetz>

Wie der Gemeinderat bereits in seiner Antwort auf den vorliegenden Vorstoss aufgezeigt hat, könnte die geforderte Aufhebung *aller* öffentlichen Parkplätze zu unerwünschten Nebenwirkungen führen. So etwa zu einem unverhältnismässig hohen Bedarf an zusätzlichen Polizeikontrollen (Parkieren auf Trottoirs, im Parkverbot etc.) oder einem vermehrten Druck auf bisherige (Vor-)Gärten zur Erstellung zusätzlicher privater Parkplätze. Hinzu kommt, dass die Aufhebung sämtlicher öffentlicher Parkplätze kaum verhältnismässig wäre und damit aller Wahrscheinlichkeit nach im Widerspruch zur übergeordneten Strassengesetzgebung stünde.

Der im vorliegenden Postulat geforderten restriktiveren Parkplatzpolitik kommt der Gemeinderat im Übrigen auch mit anderen Mitteln nach. So hat er im August 2021 beschlossen, dem Stadtrat zwei Teilrevisionen des Gebührenreglements zu beantragen: Einerseits eine Erhöhung der Parkiergebühren, also der Gebühren für die Benutzung der öffentlichen Parkplätze. Andererseits eine Erhöhung der Gebühren für die sogenannten Anwohnerparkkarten. Die beiden Massnahmen leisten nach Ansicht des Gemeinderats einen massgeblichen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele und zur Entlastung der Stadtkasse. Entsprechend sind sie sowohl Teil seines aktuellen Entlastungspakets (Finanzierungs- und Investitionsprogramm FIT), wie auch des «erweiterten Handlungsplans Klima».

Bern, 20. Oktober 2021

Der Gemeinderat